Londoner Kriegsverbrecher werden frech

Die Neutralen sollen ihren Handel mit Deutschland einstellen.

Die krampfhaften Versuche der britischen Kriegshetzerclique, die kleinen neutralen Staaten mit allen Mitteln für ihre Kriegsausweitungspläne einzuspannen, werden immer offensichtlicher. In besonders plumper und drohender Form kam dies während der letzten Unterhausaussprache zum Ausdruck. Der konservative Abgeordnete Page Croft erklärte dort in echt englischer Aeußerung, daß die Zeit gekommen sei, wo man den kleinen neutralen Ländern bedeuten müsse, daß sie zu einem bestimmten Zeitpunkt den Handel mit Deutschland einstellen und bereit sein müßten, eine, wie er sich heuchlerisch ausdrückte, „gemeinsame Defensiv-Front" zu schaffen (!).

„Queen Mary" verließ New York

Auch die „Mauretania" auf dem Wege nach Australien?

Der große britische Passagierdampfer „Mauretania" und das englische Riesenschiff „Queen Mary" sind sang- und klanglos aus dem Hafen von New York ausgelaufen. Man hat von englischer Seite nichts darüber verraten, wohin die Reise gehen soll. Aber man nimmt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika an, daß zunächst in Halifax Geschütze eingebaut werden sollen und daß dann die beiden Schiffe um Südamerika herum nach Australien fahren werden. Sie sollen hier als Truppentransportschiffe eingesetzt werden.

Die Tatsache, daß das „meerbeherrschende Albion" für seine größten Ozeandampfer keinen sicheren Hafen mehr besitzt, ist in England selbst als so beschämend empfunden worden, daß man wenigstens zwei dieser Schiffe kurz hintereinander aus dem New-Yorker Hafen fortschaffte. Man will offenbar den Amerikanern nicht das traurige Schauspiel einer solchen „Seeherrschaft" ständig vor Augen führen und außerdem die tausend Dollar sparen, die als Liegegeld für jeden dieser zahlreichen Dampfer in New York entrichtet werden müssen. Da man die beiden Luxusschiffe aus begreiflichen Gründen nicht nach England zurückzuholen wagt, läßt man sie vor der „völlig wirkungslosen deutschen Seekriegführung" bis nach Australien flüchten, als „spätere Truppentransportschiffe", sagt man natürlich. Da Scapa Flow auch nicht allzu sicher ist, sind wir fast geneigt, Herrn Churchill den wohlgemeinten Rat zu geben, seine Schlachtflotte ebenfalls nach Amerika oder Australien zu schicken — soweit sie noch fahren kann...

So quält England seine Soldatenfrauen!

Der Leidensweg einer Mutter von sechs Kindern.

Die englische Zeitung „Daily Mirror" veröffentlicht die Geschichte einer Soldatenfrau, Mutter von sechs Kindern, deren Mann als englischer Soldat in Frankreich gestorben ist. Diesem Bericht einer großen englischen Zeitung braucht kein Wort hinzugefügt zu werden. Er spricht in seiner Einfachheit für sich selbst und ist eine der erschütterndsten Anklagen gegen das plutokratische System.

Er lautet folgendermaßen: „Die Frau erhielt am 5. Dezember telegraphisch die Nachricht, daß ihr Mann in Frankreich „wahrscheinlich katastrophal erkrankt" sei. Zu Weihnachten erhielt sie von einer Lazarettverwaltung folgende Mitteilung: „Wir unterrichten Sie hiermit, daß Ihr Mann noch am Leben ist, daß Sie aber mit dem Schlimmsten rechnen müssen." Die Frau bemühte sich nunmehr, eine freie Reise an das Sterbelager ihres Mannes zu erhalten. Auf ihren Antrag erhielt sie folgende Antwort: „Die Reise ist überflüssig und kann nicht bewilligt werden." Diese Antwort auf das Weihnachtsgesuch ging der Frau am 22. Februar zu! Am 10. März erhielt sie ein Telegramm ihres Mannes: „Besuche mich sofort, möchte Dich noch einmal sehen!" — Der abermalige Reiseantrag der Frau wurde wiederum abgelehnt. In ihrer Verzweiflung lieh sich die Frau nunmehr von Bekannten drei Pfund (30 Mark) und fuhr mit ihrem vier Monate alten jüngsten Kinde, das ihr Mann überhaupt noch nicht gesehen hatte, zu dem Sterbenden. Ihre anderen fünf Kinder brachte sie bei ihren Nachbarn unter. Sie traf später nachts am Ort des Lazaretts ein und wurde von einer mitleidigen Schwester bis zum nächsten Tag in einem unbenutzten, für Offiziere bestimmten Zimmer untergebracht. Am nächsten Morgen sah sie ihren Mann zum letztenmal. Er hatte nicht mehr die Kraft, ein Wort zu sagen, und es ist zweifelhaft, ob er seine Frau und das Kind überhaupt noch erkannte. Das war am 12. März. Wenige Stunden später starb der Soldat. Es vergingen nur vier Tage, da hatte die unglückliche Frau eine Rechnung der Lazarettverwaltung von 2 Pfund 10 Schilling (22 Mark) „für Uebernachtung von zwei Personen in einem Raum 1. Klasse".

Katastrophe der englischen Landwirtschaft

Scharfe Kritik an der Regierungspolitik — Man sieht schwarz für die Zukunft

Das englische Unterhaus muß sich jetzt wohl oder übel mit Landwirtschaftsfragen befassen. Das war bisher nicht üblich, denn für die Landwirtschaft hat der Engländer so gut wie gar kein Verständnis. Er hielt sie bisher überhaupt für überflüssig, denn er sagte sich: Was sollen wir mit einer Landwirtschaft, wo wir alles, was wir brauchen, einführen können. Kein Wunder also, wenn von einer bodenständigen Bauernschaft in England so gut wie gar keine Rede sein kann. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hat England seine blühende Landwirtschaft kurzerhand der Industrie zum Opfer gebracht. Heute besitzen in England — ein typisches Kennzeichen der Plutokratie — 4000 Lords, das sind 0,01 v. H. der englischen Bevölkerung, zwei Drittel des englischen Bodens. In den letzten 25 Jahren hat sich die Ackerfläche um 800 000 Hektar verringert.

„Hitler steht vor unserer Tür"

Jetzt, wo die Engländer dank der deutschen Seekriegführung den Riemen enger schnallen müssen, weinen sie mit einemmal der englischen Landwirtschaft bittere Tränen nach, und sie würden viel darum geben, wenn sie sich aus eigenem Boden ernähren könnten wie wir und nicht voll Bangen auf jedes Lebensmittelschiff von draußen zu warten brauchten. Angesichts dieser katastrophalen Lage hat die Opposition einen scharfen Vorstoß gegen die Regierung unternommen und sich darüber beklagt, daß alle Pläne zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion an dem Mangel an Führung und Energie scheiterten.

Die Regierung wagt es nicht, an die Großgrundbesitzer heranzugehen, die ihre Pächter daran hindern, das Land zu kultivieren, und das, obwohl „Hitler vor unserer Tür steht", wie ein Abgeordneter meinte.

Die Saatgutverordnung sei, so klagen die Oppositionsabgeordneten, ein wahres Chaos. Die Lieferungen seien nur knapp und die Preise stiegen dauernd. Als bezeichnendes Beispiel für den Grad der Verwirrung wies ein Labourabgeordneter darauf hin, daß ein Schweinezüchter, der im September vorigen Jahres noch 700 Schweine gehabt habe, seine Zucht habe wegen Futtermangels aufgeben müssen und jetzt Arbeitslosenunterstützung bezöge.

„Am Horizont das Bild des Hungers"

Lloyd George warf der Regierung vor, daß sie scheinbar nicht wisse, was sie wolle, und er stellte die bezeichnende Frage: **Kann man sich heute noch darauf verlassen, dieselbe Anzahl von Schiffen für Lebensmitteltransporte zur Verfügung zu haben? Hat die Regierung die Schiffahrtsabteilung wegen eines Problems zu Rate gezogen, das die Aushungerung von 46 Millionen englischer Männer, Frauen und Kinder bedeuten kann? Es hat keinen Zweck, über ein Agrarprogramm zu sprechen, wenn am Horizont bereits das furchtbare Bild des Hungers heraufziehe.**

Der konservative Abgeordnete Robertson nannte das ganze englische Ernährungsministerium ein baufälliges Gebäude, und der konservative Abgeordnete Tate meinte zu einer Rede Sir Samuel Hoares, der namens der Regierung sprach, er habe wie ein zufriedener Gemüsekrämer gesprochen.

Uns sind alle diese Aussprüche englischer Volksvertreter ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Herren Plutokraten verdammt schwarz für die Zukunft sehen. Die deutsche Seekriegführung muß also doch wohl weit erfolgreicher sein, als Mr. Churchill das bisher zugeben will! Wir sind sogar überzeugt, daß die Engländer den Leibriemen noch um manches Loch werden enger schnallen müssen.

Der Dank Englands an USA.

Irischamerikanische Zeitung warnt vor Unterstützung der Briten

Die ständige Kritik englischer Politiker und Zeitungen an der amerikanischen Neutralitätspolitik, worüber viele Blätter in USA. ohne Stellungnahme berichten, hat das Blatt der in USA. lebenden Iren, „Gaelic American", zu einer scharfen Antwort veranlaßt.

Wer Englands Geschichte und seine imperialistische Politik kenne, wisse, daß es auch diesmal nur für seine eigenen Interessen und für die Fortsetzung seiner Unterdrückungspolitik gegenüber den kleinen Nationen kämpfe. Ironisch fragt die Zeitung, ob Großbritannien etwa aus Freiheitsliebe Hunderte von Millionen ihrer Freiheit beraube.

Im Jahre 1917 habe England mit vielen Schlichen die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg hineinmanövriert und das Britenreich dadurch vor der Zerstörung bewahrt. Der Dank sei gewesen, daß es seine Kriegsschulden an USA. nicht bezahlt habe. „Soll Amerika" so fragt das Blatt, „wiederum einem auf Blut und Raub aufgebauten Staat helfen?"

Der Drei-Prozent-Krieg

In England stellt man jetzt schon selbst in plutokratischen Kreisen Betrachtungen darüber an, ob sich der gegen Deutschland angezettelte Krieg überhaupt lohne. Die Kriegshetzerclique, die in jedem Krieg nur ein Geschäft sieht, hat gewissermaßen auch eine Halbjahresbilanz gemacht und Gewinn- und Verlustrechnung gegenübergestellt. Der Ueberschlag hat keine günstige Bilanz ergeben. Jedenfalls müssen die englischen Krämer heute schon einsehen, daß mit einem Geschäft, wie es der Weltkrieg seinerzeit gebracht hat, nicht zu rechnen ist. Der Krieg verzinst sich nicht. Jedenfalls schlechter als der Krieg 1914/18, so teilt das Londoner Blatt „Daily Expreß" aus Anlaß der Auflegung einer neuen englischen Kriegsanleihe mit und gibt damit in zynischer Offenheit zu, daß für die Plutokraten der Krieg nichts weiter ist als ein Geschäft, das hohe Zinsen eintragen soll. Der Weltkrieg war „wenigstens ein Fünf-Prozent-Krieg", schreibt das Blatt, „während dieser Krieg heute höchstens als Drei-Prozent-Krieg" bewertet wird. Er rentiert sich also nicht für den englischen Kapitalismus. Uns ist das immerhin eine Genugtuung, und wir können den Engländern voraussagen, daß auch diese drei Prozent künftig nicht mehr erreicht werden, sondern daß dieser Krieg totsicher eine böse Unterbilanz für die Plutokratie bringen wird.

Aber nun die andere Seite: Was haben die arbeitenden Massen von dem Krieg der englischen Plutokratie? Da lesen wir im Londoner „News Chronicle", daß die Feststellungen des amtlichen Instituts ergeben hätten, daß angesichts der enormen Preissteigerungen nur 85 v. H. der Bevölkerung in der Lage sind, die volle Butterration zu kaufen. Und dabei ist die Ration schon mehr als kümmerlich. Speck und Schinken, also die Hauptnahrungsmittel des Engländers, können nur von 62 v. H. der Gesamtbevölkerung gekauft werden. Das heißt, die ärmeren Bevölkerungsschichten müssen auf ihren Speck, der sonst täglich auf ihrem Tische stand, verzichten. Nachdem nun auch das Fleisch rationiert ist, weil die Fleischzufuhr aus dem Ausland dank der deutschen Seekriegführung erheblich zusammengeschrumpft ist, wird die arbeitende Bevölkerung noch weniger in der Lage sein, das Rindfleisch, das von Uebersee kommt, zu kaufen. Das Fleisch ist natürlich bei den großen Risikoprämien der Schiffahrtsgesellschaften verdammt teuer.

Hier haben wir England mit seinen krassen Gegensätzen: Auf der einen Seite die Plutokraten, die sich ihre Gewinne berechnen, auf der anderen Seite das Volk, das von den Kapitalisten ausgesogen und ausgenutzt wird und dazu Not leidet. Und da nennt die Londoner Kriegsverbrecherclique diesen Krieg einen „Kreuzzug für die Gerechtigkeit!"

Niemals mehr Grund zum Gegensatz

Der Duce über die Alpengrenze vor den Abordnungen aus Oberetsch.

Mussolini empfing im Palazzo Venezia die nach Rom gekommenen Vertreter und Abordnungen aus Oberetsch, die bei der Abstimmung für Italien optiert haben.

Der Duce wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Abkommen zur Umsiedlung eine logische Folge historischer Ereignisse seien. Der Duce erklärte, die Alpengrenze, die weit früher als von Menschen von Gott geschaffen wurde, um die äußere Form Italiens festzulegen, werde niemals mehr Grund zu einem möglichen Gegensatz bilden, sondern vielmehr die Verbindungslinie der beiden Staaten, der beiden Völker, ihrer großen Kulturen und ihrer verwandten modernen Revolutionen bilden.

Die Beschlüsse von Nanking

Wangtschingwei vorläufiger Präsident der neuen chinesischen Nationalregierung.

Die zentrale politische Konferenz beendete ihre Sitzung in Nanking und wählte Wangtschingwei an Stelle des zur Zeit in Tschungking befindlichen Reichspräsidenten Linsen, um bis zu dessen Rückkehr nach Nanking als Präsident der Nationalregierung zu fungieren. Als Außenminister wurde Chunminyi bestimmt und die Pekinger und Nankinger Regierung aufgelöst. Alle Verträge und Abmachungen, die die Tschungkinger Regierung nach dem 30. März abschließen sollte, werden von der neuen Nationalregierung nicht anerkannt werden. An die unter der Tschungkinger Regierung kämpfenden Truppen erging der Befehl, alle Feindseligkeiten gegen die Japaner unverzüglich einzustellen.